

Gewerkschaftler anfälliger für Rechtsextremismus

Dass Gewerkschaftsmitglieder keine besseren Menschen sind, sondern in vieler Hinsicht nur dem Bevölkerungsdurchschnitt entsprechen, ist bekannt. Dass sie aber gegenüber Rechtsextremismus und den entsprechenden Parteien anfälliger sind als der Durchschnitt der Bürger dieses Landes, ist mindestens bedenklich. Nach einer Studie zum rechtsextremen Wählerpotenzial bei



Photo: J.Seidel

Gewerkschaftsmitgliedern, die Infratest dimap 1998 im Auftrag von WDR 2 durchgeführt hat, ist die Gewerkschaftsmitgliedschaft keine Barriere gegen die Wahl oder Unterstützung rechtsextremer Parteien. Im Gegenteil. Denn das Wählerpotenzial von DVU und Republikanern unter Gewerkschaftsmitgliedern ist - insbesondere in den alten Bundesländern größer (elf Prozent) als bei den Wahlberechtigten insgesamt (acht Prozent). Gewerkschaftlich organisierte Frauen neigen mehr zu Rechtsextremismus (zehn Prozent) als die Durchschnittsfrau (sechs Prozent).

Vor allem junge Leute zwischen 18 und 24 Jahren zeigen die Bereitschaft, rechtsextreme Parteien zu wählen. Der hohe Durchschnittswert von 17 Prozent Wählerpotenzial in dieser Altersgruppe verdoppelt sich aber fast bei den gleichaltrigen Gewerkschaftsmitgliedern. Nicht weniger als jeder dritte 18- bis 24-jährige Gewerkschafter kann sich "sicher" oder "vielleicht" vorstellen, eine rechtsextreme Partei zu wählen.

Insbesondere Gewerkschafter mit niedriger Bildung sind mit 15 Prozent deutlich rechtsradikaler orientiert als der Durchschnitt in dieser Bildungsgruppe mit zehn Prozent. Ähnlich bei den Arbeitslosen: Unter ihnen sind überdurchschnittliche 14 Prozent potenzieller rechtsradikaler Wähler zu finden, während bei den arbeitslosen Gewerkschaftern sich sogar jeder Fünfte die Wahl von DVU oder Republikanern vorstellen kann. Nur im Vergleich der Berufsgruppen scheinen noch Barrieren gewerkschaftlicher Tradition vorhanden zu sein. Bei den Arbeitern, die mit durchschnittlich 14 Prozent ein doppelt so hohes rechtsextremistisches Wählerpotenzial aufweisen wie die Angestellten mit sieben Prozent, bleiben die Gewerkschaftsmitglieder mit elf Prozent unter dem allgemeinen Durchschnitt. Bei den Angestellten wiederum liegen sie mit zehn Prozent deutlich darüber.

Die Ergebnisse werfen dringliche Fragen an die Gewerkschaften auf: Verlieren sie ihre Rolle als Interessenvertreter gegenüber Arbeitnehmern, die sich in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht und in unmittelbarer Konkurrenz zu ausländischen Arbeitnehmern sehen? Können sie diese Mitgliedergruppe auf Dauer nicht mehr in das etablierte politische und gesellschaftliche System einbinden? Entwickeln sich gar Einstellungen des rechtsradikalen Wählerpotenzials in den gewerkschaftlichen Kommunikationsstrukturen selbst?

Renate Hebauf

Aus: *Mitbestimmung* 3/00 S.9

-- [Anfang des Artikels](#) --- [Inhaltsverzeichnis](#) -- [Archiv des Pressespiegels](#) --

